

Brigitte Profos und Hanspeter Uster beim Zuger Gewerkschaftsbund

Seit Jahren treffen sich im Herbst die Mitglieder des Zuger Gewerkschaftsbundes mit den linken Kolleginnen und Kollegen aus dem Regierungsrat zu einem Apéro. Auch dieses Jahr fand das Treffen im intimen Rahmen statt, sodass einige heisse Fragen ausführlich diskutiert werden konnten. Frau Landammann Brigitte Profos berichtete zuerst über die Familienergänzende Kinderbetreuung, bei der kleine Erfolge zu melden sind, und über interinstitutionelle Zusammenarbeit im Sozialbereich. Hanspeter Uster erläuterte seinerseits, wie es wegen des «Drucks aus Bern» immer schwieriger sei, eine menschengerechte Asylpolitik zu betreiben.

Brigitte Profos wie Hanspeter Uster kandidieren nächstes Jahr nicht mehr. Zeit also, um Bilanz zu ziehen. So wollte GBZ-Vizepräsidentin Manuela Weichelt-Picard, welche die Diskussion leitete, wissen, was die beiden Regierungsmitglieder in ihren Direktionen für die Gleichstellung der Frauen getan hätten. Es sei nicht einfach, Kaderpositionen mit Frauen zu besetzen, weil sich für solche Stellen keine Frauen melden. Einzelne Aufgaben konnten so umgestellt werden, dass sie auch für Frauen passten. Insgesamt ist die Bilanz durchzogen, denn das Hauptproblem bleibe, dass Frauen eher Teilzeit arbeiten möchten oder müssten, was die Übernahme von Führungsjobs erschwert.

Auch diesmal gab die tripartite Kommission zu reden. Unia-Sekretär Giuseppe Reo bemängelte, dass die Zuger Behörden die Gewerkschaften zu wenig einbeziehen. Bei der Vergabe staatlicher Aufträge müssen die Arbeitgeber zwar nachweisen, dass sie einem Gesamtarbeitsvertrag angeschlossen sind. Die Vergabebehörde sollte aber wie in Nachbarkantonen üblich bei der Gewerkschaft oder der Paritätischen Kommission nachfragen, ob die betreffenden Firmen den Gesamtarbeitsvertrag auch einhalten.

Hanspeter Uster und Brigitte Profos werden zwar nächstes Jahr nicht mehr zur Wahl antreten, sie sagten jedoch spontan zu, auch 2006 letztmals als Amtsinhabende am GBZ-Apéro teilzunehmen, dies zusammen mit den neuen Regierungsratsmitgliedern der Linken.

BRUNO BOLLINGER, PRÄSIDENT ZUGER GEWERKSCHAFTSBUND